FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

28. November 2008, Seite 26

Agenda

Phantomdebatte ums Gas

Der Bau der Nabucco-Gaspipeline stockt nicht primär wegen Transitfragen,sondern mangels ausreichender Lieferzusagen. Die EU sollte sich auf effizientere Projekte konzentrieren

Von Oliver Geden und Andreas Goldthau

In ihrer Revision der EU-Energiestrategie von Mitte November räumt die Europäische Kommission einem Projekt höchste Priorität ein: dem sogenannten südlichen Gaskorridor, über den Gas aus der kaspischen Region vorbei an Russland nach Mitteleuropa transportiert werden soll. Dessen zentraler Bestandteil ist die Nabucco-Pipeline, das Vorzeigeprojekt der Energieaußenpolitik der EU. Nabucco soll vor allem durch die South Caucasus-Pipeline (SCP) gespeist werden. Diese Leitung führt von Aserbaidschan über Georgien in die Türkei.

Der russisch-georgische Konflikt im Sommer hat in Europa die Befürchtungen befeuert, dass in der Folge nicht nur die regionale Stabilität, sondern auch die zukünftige Energieversorgungssicherheit der EU massiv bedroht ist. Die am Nabucco-Projekt beteiligten Investoren, Kreditgeber und Versicherer, so die Befürchtung, könnten einen Rückzieher machen, weil die Lage in Georgien zu unsicher erscheint.

Diese Debatte hat jedoch etwas Surreales. Während in Europa über die Routenführung von Pipelines und die Zuverlässigkeit einzelner Transitländer wie Georgien oder der Türkei debattiert wird, spricht kaum jemand über die eigentlich entscheidende Frage: Wo sind ausreichende Mengen an Gas vorhanden, um Nabucco überhaupt wirtschaftlich betreiben zu können?

Dass das eigentliche Problem nicht diskutiert wird, ist exemplarisch für die gemeinsame Energieaußenpolitik der Europäer. Die Energieversorgungssicherheit wird als geopolitisch auszufechtender Kampf um Einflusszonen, um den politischen Zugriff auf Liefer- und Transitregionen, behandelt. Dementsprechend ist zwar häufig von der russischen "Gaswaffe" die Rede, relativ selten aber von den eigentlich entscheidenden Faktoren: Investitionen in die Erschließung neuer Felder und ausreichende Lieferverträge. Fakt ist, dass bislang kaum belastbare Lieferzusagen für Nabucco existieren, weil auf absehbare Zeit in der kaspischen Region nicht genügend Gaskapazitäten verfügbar sind.

Aserbaidschan, einer der wichtigsten Lieferkandidaten für die Pipeline, wird bis Ende des kommenden Jahrzehnts zwar Exportkapazitäten von rund 15 Milliarden Kubikmetern pro Jahr aufbauen können. Beim Transport nach Westen würde davon aber etwa die Hälfte in Transitländern wie der Türkei verbleiben. Mit aserbaidschanischem Gas allein wird sich die auf eine Transportkapazität von 31 Milliarden Kubikmetern ausgelegte Nabucco-Pipeline nicht rechnen.

Turkmenistan wiederum wird zwar ein weitaus größeres Potenzial zugesprochen. Dort fehlt es bislang jedoch an Investoren. Zudem gibt es noch keine Transportmöglichkeit für turkmenisches Gas. Pipelines in den Westen müssten über den Iran oder Russland führen, eine Einspeisung in die SCP ist daher unwahrscheinlich. Der Bau einer alternativen Unterwasserleitung durch das Kaspische Meer wird auf absehbare Zeit an Grenzstreitigkeiten der Anrainer scheitern. Das Gas zu verflüssigen und per Schiff zu transportieren wäre nicht rentabel. Zudem ist ein Großteil der Liefermenge bereits dem staatlichen russischen Gasriesen Gazprom zugesichert worden. Die Ankündigung Turkmenistans vom April, der EU schon bald zehn Milliarden Kubikmeter pro Jahr zu liefern, ist daher nur als symbolische Geste zu verstehen.

Nabuccos Betreiberkonsortium, dem unter anderem die Energiekonzerne OMV, MOL und RWE angehören, hat das Problem längst erkannt und verschiebt den Baubeginn ein ums andere Mal. Die Pipeline stockt also nicht primär aufgrund ungeklärter Transitfragen, sondern mangels Lieferzusagen.

Bemerkenswert ist daher, worüber im Kontext mit Nabucco selten gesprochen wird: der Iran. Es ist ein Land in der kaspischen Region, das nachweislich über ausreichende Gasreserven verfügt, deren Förderung zu heutigen Marktpreisen rentabel wäre, und dessen Gas über vergleichsweise wenig Transitstaaten nach Westeuropa gebracht werden könnte. Aufgrund der politischen Brisanz sind ausländische Investoren aber noch nicht in nennenswertem Umfang im iranischen Gassektor tätig, abgesehen von China. Kurzfristig ist eine starke Erhöhung der iranischen Lieferkapazität daher sicherlich keine Option. Langfristig könnte sich dies ändern. Zuvor muss aber eine Reihe schwerwiegender Ziel- und Interessenkonflikte gelöst werden, allen voran der Atomstreit und die Beziehungen des Iran zu den USA und Israel.

Was aber kann die EU in ihrer auf die Kaspische Region gerichteten Energieaußenpolitik gegenwärtig tun? Die Europäer müssen grundlegende energiewirtschaftliche Zusammenhänge stärker gewichten als geopolitische Planspiele. Das Gasgeschäft ist von langen Realisierungszeiten und immensen Investitionssummen geprägt. Es stellt sich die Frage, ob Nabucco weiterhin die Toppriorität der EU-Versorgungssicherheitspolitik bleiben sollte. Es gibt effektivere Projekte, etwa die TGI-Pipeline, eine vergleichsweise kleine Verbindung über die Türkei und Griechenland nach Italien, oder die dringend nötige Verknüpfung der innereuropäischen Gasmärkte, durch die einzelne Mitgliedstaaten deutlich unabhängiger von ihren jeweiligen Gashandelspartnern würden.

Die Auseinandersetzung darüber ist mutmaßlich konfliktträchtig. Sie ist für die europäische Versorgungssicherheit aber zielführender als die Phantomdebatten über Nabucco. Der energieaußenpolitische Diskurs muss künftig nicht nur anhand von Landkarten, sondern mit Blick auf Investitionspläne und belastbare Lieferverträge geführt werden.

Oliver Geden ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.
Andreas Goldthau ist Assistant Professor an der Central European University in Budapest.

(c) 2008 - All rights reserved. Copyright Financial Times Deutschland, Hamburg.